

Bundesrepublik Deutschland

MICHAEL GARTHE

Kein Jahr der Normalität

Für die Bundesrepublik Deutschland war 1985 in der Europapolitik kein Jahr der „Normalität“¹: Einerseits hatte sich die Bundesregierung in Sachen EG-Reform selbst unter Erfolgsdruck gesetzt, indem sie frühzeitig ein „Jahr der Entscheidung“², ein „Schicksalsjahr“³, ein „Jahr der Weichenstellungen“⁴ für Europa ankündigte. Sie hatte sich dabei vielfach und sehr prononciert für eine Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments, eine Stärkung der Kommission und für die weitgehende Abschaffung der Einstimmigkeitsregel im Ministerrat ausgesprochen, war für die Einführung neuer Politiken und die Vollendung des EG-Binnenmarktes eingetreten und forderte eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik⁵.

Andererseits führte ihr Verhalten im europapolitischen Tagesgeschäft gerade vor dem Hintergrund dieser integrationsfreundlichen Position zu deutlichen Irritationen bei den Partnern. Am spektakulärsten war dabei das deutsche Veto in den Agrarpreisverhandlungen für Getreide unter Berufung auf den Luxemburger Kompromiß. Die im gleichen Zeitraum erfolgte Androhung eines deutschen Alleingangs bei der Einführung umweltfreundlicher Autos schien kurzzeitig einen grundsätzlichen Wandel deutscher Europapolitik zu bestätigen. Zusätzlich wurde der beiderseits angekündigte entschlossene Führungsimpuls der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die Gemeinschaft durch eine ungewöhnliche Fülle bilateraler Interessengegensätze lange Zeit blockiert.

Angesichts dieser Ereignisse konnte es nicht wundern, daß die Bundesrepublik stärker als zuvor in den Mittelpunkt kritischer Reflexionen in den Medien der Nachbarstaaten rückte⁶. Diese Tendenz wurde noch verstärkt durch eine vor allem in Frankreich⁷ mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Renaissance der Deutschen Frage, in deren Verlauf immer häufiger längst überkommen geglaubte Ressentiments gegen eine angeblich der Wiedervereinigung Deutschlands im Wege stehende Europäische Union geäußert wurden⁸.

Das Agrarpreis-Veto und die Folgen

Schon 1984 war die Bundesrepublik mit ihrer Agrarpolitik innerhalb der EG in eine Außenseiterrolle geraten. Hatte sie bisher immer wieder energisch für eine Begrenzung der gemeinschaftlichen Agrarausgaben plädiert, so beschloß sie

im April 1984 erstmals langfristige Stützungsmaßnahmen für die deutschen Bauern in Milliardenhöhe. Bei den Agrarpreisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1985/86 stimmte dann Landwirtschaftsminister Kiechle mit ausdrücklicher Rückendeckung des Kabinetts gegen jegliche Preissenkungen. Nachdem sich der Agrarministerrat dann am 16. Mai wenigstens in Teilbereichen einvernehmlich einigen konnte, sah sich die Bundesregierung aus innenpolitischen Erwägungen dann am 12. Juni gezwungen, als einziges Land unter Berufung auf den ‚Luxemburger Kompromiß‘ ein Veto gegen Preissenkungen für Getreide und Raps um 1,8% einzulegen⁹.

Der Nutzen dieses ersten deutschen Vetos in der Geschichte der EG blieb äußerst fragwürdig. Mag es auch den deutschen Bauern den Kampf der Bundesregierung für ihre Interessen signalisiert haben, so brachte es doch in der Sache selbst keinen Erfolg: Als nämlich im Rat kein weiterer Beschluß zustande kam, setzte die Kommission die Preise für Getreide und Raps um 1,8% herab¹⁰. Umso größer war der politische Schaden: Die Bundesrepublik wurde als „der neue Nein-Sager der Gemeinschaft“¹¹ tituliert, die Glaubwürdigkeit ihres Reformwillens wurde in Frage gestellt, in den Verhandlungen um das umweltfreundliche Auto mußte sie mit weniger Entgegenkommen rechnen.

Unter Hinweis auf die dramatische Verschlechterung der landwirtschaftlichen Einkommen in der Bundesrepublik hielt die Bundesregierung dennoch an ihrem einkommensorientierten Konzept fest und geriet folgerichtig auch 1986 ins Abseits. Kiechle, der daraufhin von „skandalösen Kompromißvorschlägen“, von einem „Affront“ und von einer „Konfrontation mit den Deutschen“ sprach¹², mußte sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, selbst kein überzeugendes Alternativkonzept vorgelegt zu haben. Die programmatischen Überlegungen seines Ministeriums, in deren Mittelpunkt Einkommensbeihilfen, Stilllegung von Produktionsflächen und alternative Verwendung von Agrarprodukten stehen¹³, weisen nach Ansicht zahlreicher Experten gravierende Mängel auf und sind darüber hinaus auf EG-Ebene nicht durchsetzbar¹⁴.

Die Zeichen für den Einstieg in eine marktorientierte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik standen selten so günstig wie 1985¹⁵. Die Bundesrepublik Deutschland betätigte sich dabei allerdings als Bremser und hat unter dem Druck der übermächtigen Bauern-Lobby gegen die Kommission und gegen unterrepräsentierte Verbraucherinteressen ihren Kurs einer verstärkten Renationalisierung gefestigt. Eine strukturelle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wird damit schwieriger denn je.

Der Katalysator-Streit: Fortschritte trotz Pannen

Während die deutsche Agrarpolitik trotz ihrer Konsequenz in Brüssel zum Scheitern verurteilt war, konnte die Bundesregierung im Bereich des Umweltschutzes auf EG-Ebene alles in allem einige Fortschritte erzielen.

Herausragendes Ereignis war der Verhandlungsmarathon um die Einführung schadstoffarmer Personenwagen. Daß die Bundesregierung dabei trotz aller

Kritik unter dem Strich ein passables Ergebnis erzielte, war um so erstaunlicher, als dem zuständigen Bundesinnenministerium bei der Verfolgung seiner umweltpolitischen Ziele einige Ungeschicklichkeiten unterliefen.

Die erste ging auf das Konto von Bundesinnenminister Zimmermann, der unter dem Eindruck wachsender Unruhe in der deutschen Öffentlichkeit über das fortschreitende Waldsterben, aber offenbar in Unkenntnis der vorhersehbaren Widerstände in Brüssel, die unverzügliche Einführung schadstoffarmer Automobile auf der Basis der sehr strengen amerikanischen Abgasnormen versprach. Damit stieß er nicht nur bei der deutschen Automobilindustrie auf Widerstand. Am 31. Januar legte die französische Regierung formal Einspruch ein gegen das deutsche Konzept, den Kauf von schadstoffarmen Autos oder die Umrüstung auf Abgasreinigungstechniken steuerlich zu fördern, weil dies ein schwerwiegendes Handelshemmnis im EG-Binnenmarkt darstelle¹⁵. Obwohl bei den nachfolgenden Konsultationen auch Einsprüche aus Rom und London kamen, blieb Zimmermann hart und schloß einen bundesdeutschen Alleingang nicht aus¹⁶.

Vor dem Hintergrund dieser, hochgesteckte Erwartungen weckenden Ankündigungen mußten die folgenden Meldungen aus Brüssel geradezu zwangsläufig als schrittweiser Rückzug des deutschen Innenministers aufgefaßt werden. Auf der Ratssitzung am 7. März sprach Zimmermann vom deutschen Alleingang nur noch „als der letzten Möglichkeit“¹⁷. Schon der am 21. März erzielte Kompromiß ging am stärksten zu Lasten der deutschen Forderungen. Als der Kommissionsvorschlag vom 5. Juni für die endgültigen Abgasnormen dann weit hinter den Bonner Zielen zurückblieb, geriet der Bundesinnenminister endgültig ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Bundestags-Opposition forderte ihn zum Rücktritt auf, weil er mit seinem Verhandlungskonzept völlig gescheitert sei¹⁸.

Angesichts der verfahrenen Situation kam dann die Einigung zum schadstoffarmen Auto einen Tag vor dem Mailänder Gipfel fast schon überraschend. Natürlich war das Endergebnis weit von den Bonner Vorstellungen entfernt¹⁹, nimmt man aber statt Zimmermanns eigener Ankündigungen den Ausgangspunkt auf EG-Ebene – wo es bisher fast keine Regelungen in diesem Bereich gab – als Meßlatte, dann wurden durchaus Fortschritte erzielt: Hätte man mit einem rechtlich problematischen nationalen Alleingang ca. 23 Mio. PKW erfaßt, so fallen unter die EG-Regelung jetzt fast 100 Mio. Fahrzeuge. Überdies ist nun ein Anfang gemacht, der eine Verschärfung der Normen in den 90er Jahren erleichtern sollte.

Konstanten bundesdeutscher EG-Politik

*Einsatz für die Süderweiterung*²⁰

Als am frühen Morgen des 29. März der endgültige Durchbruch in den Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal gelungen war, konnte die Bundesrepublik einen guten Erfolgsanteil für sich verbuchen. Während in der

Schlußphase die italienische Ratspräsidentschaft mit ihrem großen Verhandlungsgeschick in den Mittelpunkt des Geschehens rückte, hatte die Bundesregierung mit ihrem seit dem Stuttgarter Europäischen Rat 1983 unbeirrbar verfochtenen Junktim zwischen Erhöhung der EG-Eigenmittel und der Süderweiterung frühzeitig die Weichen gestellt. Daß sie sich in den Detailverhandlungen, z.B. im sozialen Bereich bezüglich des Kindergeldes für spanische und portugiesische Gastarbeiter und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte, manchenmal den Vorwurf der Inkonsequenz gefallen lassen mußte, fiel angesichts ähnlicher Schwierigkeiten fast aller EG-Partner nicht so sehr ins Gewicht. Die Bundesrepublik Deutschland hat aber wie kein anderer Partner nie einen Zweifel an ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur zweiten Süderweiterung gelassen und die Beitrittsverhandlungen immer wieder forciert²¹ – dies wurde vor allem in Spanien mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Vorbehalte gegen den EWS-Ausbau

Ein Kontinuum deutscher Europapolitik blieb auch 1985 die Bonner Zurückhaltung gegenüber einem Ausbau des Europäischen Währungssystems. Dabei geriet sie zunehmend in Argumentationsschwierigkeiten, weil die wichtigsten der von der Bundesbank im Einvernehmen mit der Bundesregierung formulierten Bedingungen²² einer Erfüllung deutlich näher kamen: So gab es bezüglich der Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken erstaunliche Fortschritte, ebenso wurden die vor allem in Frankreich und Italien bestehenden Kapitalverkehrscontrollen 1985/86 nahezu vollständig abgebaut²³. Blieben noch die erhöhten Schwankungsbreiten für die italienische Lira und die Nichtmitgliedschaft des britischen Pfundes im EWS.

Angesichts der wachsenden Kritik vor allem von Seiten des Kommissionspräsidenten, Jaques Delors, aber auch von Seiten bekannter Währungsfachleute und Privatbankiers²⁴, kam es in der Bundesrepublik zu einer ungewöhnlich breiten Kontroverse²⁵, wobei die Bundesbank allerdings unverrückbar am Primat der wirtschaftlichen Konvergenz vor einer Währungsunion festhielt – dahinter steht, eher unausgesprochen, die Furcht vor Inflationsimport und Souveränitätsverlust. So geriet die Bundesrepublik auch in der Währungspolitik in den Ruf, lediglich den Status quo zu verteidigen und nicht konstruktiv an einer Weiterentwicklung mitzuarbeiten. Mit der in der Einheitlichen Akte beschlossenen Einbeziehung der „Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik“ – die Bundesregierung wollte dies ausdrücklich als ein deutsches Zugeständnis verstanden wissen²⁶ – ist die Debatte vorerst abgeflaut. Es ist noch umstritten, ob damit die Grundlage für einen Ausbau des EWS geschaffen wurde, oder ob es sich lediglich um einen „Pyrrhussieg“ der Kommission handelt²⁷.

Für Marktwirtschaft, gegen Bürokratie

Auch wenn es ihr die eigene entgegengesetzte Haltung in der Agrarpolitik gelegentlich schwer macht, verfolgt die Bundesrepublik seit je auch in EG-Mate-

rien einen marktwirtschaftlichen Kurs, der sich gegen Zentralismus, Planifikation und Bürokratie wendet. Im Berichtszeitraum wurde dies insbesondere in der Strukturpolitik²⁸, in der Handelspolitik²⁹ und bei den EUREKA-Verhandlungen sowie in der Stahlpolitik deutlich:

Angesichts ihrer unterschiedlichen Einschätzungen des amerikanischen SDI-Projektes, kam die Einigung von mittlerweile 18 westeuropäischen Staaten auf ein gemeinsames Forschungs- und Technologieprogramm vorwiegend im zivilen Bereich sehr zügig zustande³⁰. Die flexible und europäisch orientierte Verhandlungsführung der Bundesregierung unter Außenminister Genscher und Forschungsminister Riesenhuber wurde dabei von den Partnern honoriert: Das auf den Konferenzen in Paris, Hannover und London beschlossene EUREKA-Programm soll zwar von staatlicher Seite finanziell unterstützt werden, im wesentlichen aber von den jeweils beteiligten Unternehmen selbst getragen werden. Es soll die Rahmenbedingungen für eine zwischenstaatliche Unternehmenskooperation verbessern und teure Parallelforschungen vermeiden. Auch konnte Bonn, vor allem mit britischer Unterstützung, statt eines neuen großen bürokratischen Apparates ein in Brüssel angesiedeltes kleines, flexibles Sekretariat für die Organisation EUREKAS durchsetzen.

Einen kräftigen Rückschlag erlitt dagegen die marktwirtschaftlich orientierte Stahlpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985. Bundeswirtschaftsminister Bangemann, der noch zu Jahresbeginn immer wieder versicherte, ab 1986 werde die Gemeinschaft keine weiteren nationalen Stahlsубventionen mehr zulassen, mußte dann in den Ratsverhandlungen die Billigung neuer Übergangszeiten und nationaler ‚Schließungsbeihilfen‘ hinnehmen. Als dann der Europäische Gerichtshof im Oktober eine deutsche Klage gegen frühere Stahlsубventionen uneingeschränkt zurückwies, war eine Überprüfung der deutschen Argumentation unausweichlich³¹.

Das deutsch-französische Führungsstandem – zu hohen Anforderungen noch nicht gewachsen

Wohl selten zuvor gab es ein so dichtes Geflecht an bilateralen Konsultationen zwischen Deutschland und Frankreich wie 1985. Die Zeichen für einen entschlossenen Führungsimpuls beider Partner in der Gemeinschaft standen günstig. Doch dann verdrängte eine ungewöhnliche Fülle von Meinungsverschiedenheiten die gemeinsamen Reformüberlegungen wieder von der Tagesordnung der deutsch-französischen Zusammenarbeit: Frankreich meldete Vorbehalte gegen das Europäische Kampfflugzeug ‚Jäger 90‘ und gegen einen gemeinsamen Kampfhubschrauber an; die Bundesrepublik scheute die Kosten für einen europäischen Aufklärungssatelliten, für die Weltraumstation ‚Columbus‘ und die Raumfähre ‚Hermes‘; die Schnellbahntrasse Köln–Paris traf auf beiderseitige finanzielle Hindernisse; über SDI wollte kein gemeinsamer Standpunkt zustandekommen, auch zu EUREKA gingen die Vorstellungen zunächst auseinander; Paris fühlte sich durch das Bonner Plädoyer für eine neue GATT-

Verhandlungsrunde zur Erleichterung des Welthandels düpiert, umgekehrt Bonn durch das unnachgiebige Drängen des Elyseé, EWS und ECU endlich zu stärken; schließlich behinderten das deutsche Agrarpreis-Veto und der Katalysatorstreit die bilateralen Vorbereitungen des Mailänder Gipfels – all dies sorgte für gegenseitige Mißhelligkeiten. Die Meinungsunterschiede wurden in den Medien beider Seiten noch übergebührr aufgebauscht; es fehlte vor allem im Umfeld des Bonner Weltwirtschaftsgipfels nicht an internen und gegenseitigen Schuldzuweisungen³².

Über allem gerieten die Erfolge der Zusammenarbeit aus dem Blickfeld: Ohne den schließlich doch erzielten deutsch-französischen Schulterschuß hätte EUREKA niemals in so kurzer Zeit in die Tat umgesetzt werden können; im bilateralen Bereich sind vor allem die Vereinbarungen zwischen Kohl und Mitterrand zur gemeinsamen Ausbildung von Offizieren und zur Durchführung gemeinsamer Großmanöver in der Bundesrepublik, auch im Bereich der Vorverteidigung, hervorzuheben, weil sie auf eine allmähliche Öffnung des sicherheitspolitischen Denkens in Frankreich und eine verstärkte Einbeziehung bundesrepublikanischer Interessen in die französische Sicherheitsdoktrin hindeuten³³. Schließlich spielte die überaus enge Kooperation zwischen Bonn und Paris beim Zustandekommen der Gemeinschaftsreform eine maßgebliche Rolle, auch wenn diese den Ankündigungen und Willensbekundungen sowohl Präsident Mitterrands als auch Bundeskanzler Kohls dann nicht gerecht wurde³⁴.

Diese Erfolge können allerdings nicht über ein grundsätzliches Dilemma deutsch-französischer Zusammenarbeit hinwegtäuschen: Den europapolitischen Ankündigungen des französischen Präsidenten wie des deutschen Bundeskanzlers folgen nur selten entsprechende Taten. Stattdessen werden ihre unter vier Augen entwickelten Ideen in den nachfolgenden, meist endlosen Verhandlungen der nationalen Ministerien und Behörden zerredet, auf ein, jede Unwägbarkeit ausschließendes Minimum reduziert und jeglicher politischen Dynamik entkleidet. Der dem Europäischen Rat in Mailand vorgelegte deutsch-französische „Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union“, der dieses Titels kaum würdig war, ist das jüngste Beispiel für diese Praxis³⁵.

Potente Führung kann unter diesen Bedingungen von Frankreich und Deutschland kaum erwartet werden. Sie scheint bisher nur im ‚Alleingang‘ von Präsident und Bundeskanzler möglich und erfordert dann ein enormes Maß an Durchsetzungsvermögen, wohlgemerkt mehr gegenüber den eigenen Ministerien und Behörden, als gegenüber dem Verhandlungspartner. Mitterrand und Kohl haben dies bei der weitgehenden Abschaffung der Kontrollen an den deutsch-französischen Grenzen ebenso unter Beweis gestellt wie Schmidt und Giscard mit der Durchsetzung des Europäischen Währungssystems. Notwendiger denn je ist deshalb eine möglichst umfassende gegenseitige Verzahnung der nationalen Ministerien und Behörden bis auf unterste Ebene, ein Kennenlernen der Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen des Partnerstaates, ja ein umfassender befristeter Personalaustausch zwischen der Exekutive beider Länder.

Die Gemeinschaftsreform – gegen ‚vitale Interessen‘ der Bundesländer?

Die Einheitliche Europäische Akte³⁶ war nicht viel mehr als ein Minimalkompromiß – ähnlich sah es auch die Bundesregierung, die insbesondere bezüglich der Kompetenzen des Europäischen Parlaments gerne weitergegangen wäre³⁷. Daß angesichts dieses eher mageren Ergebnisses der Regierungskonferenz dennoch innenpolitische Widerstände laut wurden, löste in Bonn, Brüssel und Straßburg gleichermaßen Erstaunen und Kritik aus³⁸.

Im Deutschen Bundesrat hatte sich unter bayerischer Führung³⁹ eine ‚Front zur Wahrung der Länderinteressen‘ formiert. In einer Entschließung beklagte er nicht nur, daß die Bundesregierung den von Länderseite geäußerten Bedenken gegen eine Rechtsangleichung in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Umwelt- und Verbraucherschutz auf Kosten der geltenden hohen deutschen Qualitätsstandards und gegen eine Ausdehnung der Durchführungsbefugnisse der Kommission „nicht vor der Unterzeichnung der Verträge durch Abgabe entsprechender Vorbehalte und Erklärungen Rechnung getragen hat und die Unterzeichnung nicht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der innerstaatlichen Prüfung erfolgt ist“. Er verlangte sogar, Art. 24 Abs. 1 Grundgesetz dahingehend zu ändern, daß die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen künftig der Zustimmung des Bundesrates unterliegt⁴⁰.

Das Verhalten des Bundesrates war insofern ungewöhnlich, als die Landesregierungen bisher an der Arbeit ihres offiziellen „Beobachters der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften“ mit Sitz in Bonn und Brüssel kein übermäßiges Interesse gezeigt hatten. Dabei hatte gerade diese Bundesregierung noch im Februar vor der Länderkammer durch Bundeskanzler Kohl selbst versichert, sie werde „auch in Zukunft großen Wert darauf legen, den Bundesrat und die Bundesländer rechtzeitig über die europäischen Entwicklungen zu unterrichten und . . . um ihre Mitwirkung an den Entscheidungen zu bitten.“⁴¹

Für die Bundesländer aber war offensichtlich erst 1985 das Jahr der Entdeckung Europas: Nacheinander richteten einige von ihnen eigene Vertretungen in Brüssel ein, deren Sinn und Zweck aller Voraussicht nach darin bestehen wird, sich die für die Bundesrepublik vorgesehenen EG-Mittel gegenseitig streitig zu machen. Nacheinander veranstalteten ihre Landtage Kolloquien zur Europapolitik, wie man sie bisher nicht für nötig befunden hatte⁴². Schließlich schienen mit der Einheitlichen Europäischen Akte erstmals sogar ‚vitale Interessen‘ der Bundesländer berührt – wie anders ist es zu erklären, daß das CSU-regierte Bayern mit den SPD-Ländern koalierte und sich der Bundesrat plötzlich auf einer Seite mit dem Marktausschuß des dänischen Folketing wiederfand?

Dabei liegen eigentlich ganz andere Koalitionen auf der Hand – zu allererst solche zwischen den Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament, denn sie alle müssen um die Wahrung und Ausdehnung ihrer Kompetenzen ringen: das Europäische Parlament gegen die träge, aber allmächtige Exekutivgewalt des Ministerrates, der Bundestag gegen die zunehmende Verwaltungs-

macht der Bundesregierung und die Landesparlamente gegen den sog. kooperativen Föderalismus. Die Einheitliche Europäische Akte bestätigt diesen Trend zur Stärkung der Exekutive auf Kosten der demokratischen Kontrolle, nicht nur unter den EG-Organen, sondern auch auf Bundes- und Landesebene: Sollte der Bundesrat eine Änderung des Art. 24 Abs. 1 GG tatsächlich durchbringen, profitieren davon unmittelbar nur die Landesregierungen, nicht aber die Landtage. Überdies würde die darausfolgende mitentscheidende Funktion der Landesregierungen über eine Bundesratsmehrheit die außen- und europapolitische Handlungsfähigkeit der Bundesregierung unter Umständen bis an die Grenzen des von den Partnern Respektierbaren einschränken.

Abschied von der Aura des europäischen Musterknaben

1985 war für die Bundesrepublik Deutschland ohne Zweifel ein „europäisches Jahr“⁴³. Trotz einer andauernden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Gemeinschaftsentwicklung⁴⁴ und von vielen offenbar gar nicht so richtig zur Kenntnis genommen, dominierten in Politik und Schlagzeilen wie selten zuvor Probleme mit direktem oder mittelbarem EG-Bezug. Selbst die SPD besetzte nach längerer Abstinenz wieder europapolitische Themen⁴⁵.

Für die deutsche Europapolitik war es keineswegs nur ein Jahr der Mißerfolge, denn mit dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal und der Erhöhung der EG-Eigenmittel wurde das von der Bundesregierung auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Stuttgart kunstvoll geschnürte Verhandlungspaket vollständig erfüllt. Dennoch sorgte die Bundesrepublik für ungewohnte Irritationen bei den Partnern. Die Ursachen dafür lagen in den bekannten Defiziten deutscher Europapolitik: Es fehlt nicht nur an einem geschlossenen Gesamtkonzept und einer umfassenden Koordinierung aller europapolitischen Aktivitäten, sondern auch an EG-erfahrenem Personal und an der Fähigkeit, die europäische Dimension der zur Entscheidung stehenden Sachverhalte rechtzeitig zu erkennen und richtig zu operationalisieren. Infolgedessen klaffen europapolitische Ankündigungen und die tatsächlich erzielten Ergebnisse oftmals allzuweit auseinander.

Die Bundesrepublik Deutschland entledigte sich 1985 gewissermaßen selbst der Aura eines europäischen Musterknaben und pochte – so wie man es von den anderen großen Mitgliedstaaten seit langem gewohnt ist – auf die Wahrung ihrer nationalen Interessen. Insofern war 1985 für die deutsche Europapolitik zwar kein Jahr der Normalität, die Bundesrepublik an dessen Ende aber endgültig ein ganz ‚normaler‘ EG-Partner.

Anmerkungen

- 1 In Anspielung auf Rolf Zundel, Der Kanzler des guten Gewissens . . . Normalität als Rechtfertigung einer nicht erfolgreichen, aber glanzlosen Politik, in: Die Zeit v. 3.1.1986, S.3.
- 2 Zitiert nach Günther Nonnenmacher, Das Jahr der Entscheidung, in: FAZ v. 2.2.1985, S.12.
- 3 Z.B. Horst Teltchik, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Aspekte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, Nr. B 7-8/1985, S.3-13, hier S. 13. In der Europäischen Zeitung, Bonn Mai 1985, S. 9, sprach Teltchik von einer „historischen Chance“ Europas, ebenso Bundeskanzler Kohl am 8.2.1985 vor dem Deutschen Bundesrat, siehe Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 18 v. 13.2.1985, S.149.
- 4 Bundeskanzler Kohl im Bericht zur Lage der Nation vor dem Deutschen Bundestag am 27.2.1985, siehe: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 24 v. 28.2.1985, S. 199 und nochmal vor dem Deutschen Bundestag am 28.6.1985 zu den Zielsetzungen der Europapolitik der Bundesregierung, siehe: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 75 v. 28.6.1985, S. 658.
- 5 Siehe dazu Bundeskanzler Kohl, Chancen und Perspektiven der europäischen Einigung, Rede vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 18 v. 13.2.1985, S. 149-154 und ders., Zielsetzungen . . . , a.a.O. (Anm. 4).
- 6 Vgl. dazu u.a. Liberation v. 3.3.1985, Le Monde v. 3.4.1985 und v. 19.5.1985, Basler Zeitung v. 19.5.1985, The Guardian v. 13.6.1985, Le Matin v. 13.6.1985, NZZ v. 13.6.1985. Ähnlich auch Alain Dauvergne, L'attitude de l'Allemagne ne cesse d'irriter les responsables français, in EG-Magazin, Bonn 1985, Nr. 6, S. 5-6.
- 7 Beispiele dafür sind u.a. die Beiträge von Bertrand Girod de l'Ain, Joseph Rovon und Jean-Marie Soutou im Dossier: „Dialog zur deutschen Frage“, in: Dokumente, Bonn 1986, Nr. 2, S. 111-140 und einige Passagen bei Brigitte Sauzay, Le Vertige Allemand, Paris (Olivier Orban) 1985 sowie bei Henri Froment-Meurice, Une puissance nommée Europe, Paris (Juillard) 1984.
- 8 Unter der Fülle entsprechender Publikationen exemplarisch Wolfgang Seiffert, Europa braucht seine Nationalstaaten, in: FAZ v. 25.2.1986, S. 9. Die Gegenposition dazu vertritt z.B. Werner Weidenfeld, Der alte deutsche Nationalstaat kommt nie wieder, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt v. 5.10.1985, S. 3.
- 9 Siehe ergänzend dazu Winfried von Urff, Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.
- 10 Im „Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum April bis September 1985)“, abgedruckt als Bundestags-Drucksache 10/4374 v. 26.11.1985 heißt es dazu auf S. 26 lapidar: „Eine Verhinderung dieser im Rahmen eines sog. ‚Notregimes‘ durch die Kommission vorgenommenen Preisfestsetzung war weder politisch noch verfahrensmäßig möglich.“
- 11 Klaus Peter Krause, Agrarpolitische Traumtänze. Die Deutschen blockieren Europas Sparkurs, in: FAZ v. 15.4.1985, S. 13; vgl. auch Theo M. Loch, Die Legende vom Veto-recht. Was europäisch alles passieren kann, wenn national etwas schiefgeht, in: EG-Magazin, Bonn 1985, Nr. 5, S. 3-4.
- 12 Zitiert nach FAZ v. 25.4.1986, S.13.
- 13 Siehe dazu z.B. Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle, EG-Agrarpolitik im Spannungsfeld zwischen Mangel und Überfluß, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 33 v. 26.3.1985, S. 275-279 und Georg Gallus, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Zukunftsperspektiven der Agrarpolitik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 97 v. 13.9.1985, S. 853-859.
- 14 Als Beispiele für die Kritik an der Bundesregierung: Kronberger Kreis, Für eine neue Agrarordnung, Streitschrift, in Auszügen veröffentlicht in: Die Zeit v. 28.12.1984, S. 18 v. 2.1.1985, S. 16 und v. 11.1.1985, S. 18-19; Herman Priebe, Wege aus dem Chaos der Agrarpolitik, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt v. 26.10.1985, S. 9; ders., Absurdes

- Theater der Politiker. Mit den bisherigen Mitteln ist den Bauern nicht mehr zu helfen, in: *Die Zeit* v. 18.4.1986, S. 21; Heinrich Sommer, . . . Wie eine vernünftige Agrarpolitik gestaltet werden müßte, in: *Die Zeit* v. 1.11.1985, S. 88; Wege zu einer neuen Agrarpolitik, Forumsgespräch von Agrarexperten, in: *Die Zeit* v. 24.1.1986, S. 33–37.
- 15 So z.B. Hermann Priebe, Wege aus dem Chaos . . . , a.a.O. (Anm.14).
- 16 Vgl. FAZ v. 14.2.1985, S. 1.
- 17 Vgl. FAZ v. 6.3.1985, S. 1.
- 18 Vgl. FAZ v. 8.3.1985, S. 1; siehe auch Thomas Hanke, Wo Überzeugungsarbeit not tut, ist die Brechstange das falsche Werkzeug. Was aus dem „deutschen Alleingang“ in Sachen Katalysatorauto wurde, in: *EG-Magazin*, Bonn 1985, Nr. 3, S. 3–5.
- 19 Vgl. FAZ v. 7.6.1985, S. 1; siehe ergänzend dazu Volker Prittitz, Umweltpolitik, in diesem Band.
- 20 Siehe ergänzend zu diesem Absatz Peter Frey, Spanien, und Peter Bielek, Portugal, in diesem Band.
- 21 Vgl. dazu FAZ v. 21.2.1985, S. 1.
- 22 Siehe z.B. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, Mehr Integration durch Währungspolitik? . . . , in FAZ v. 16.3.1985, S. 15 und die schriftliche Stellungnahme von Bundesbank-vicepräsident Helmut Schlesinger bei der öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments für eine Europäische Union, abgedruckt in: *Bundestags-Drucksachen*, Stenographisches Protokoll 712–2450, S. 86–90.
- 23 Siehe dazu Henry Krägenau, Wirtschaftspolitik, und Peter-W. Schlüter, Währungspolitik, in diesem Band.
- 24 Siehe dazu z.B. Jacques Delors, Was jetzt zu tun ist – Plädoyer für ein konkretes Europa, in: *EG-Magazin*, Bonn 1985, Nr. 1, S. 3–4; Helmut Schmidt, Europa braucht Fortschritte. Mehr Selbstbehauptung in der europäischen Währungspolitik ist nötig und möglich, in: *Die Zeit* v. 9.11.1984, S. 33–34; Peter Mitzscherling und Wolfgang Roth, Europäisches Währungssystem: Unser Potential ist enorm . . . , in: *Die Zeit* v. 1.2.1985, S. 22; André Swings, Generaldirektor der Kreditbank N.V. Brüssel, ECU im Privatgebrauch. Theorie und Praxis in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Berichte und Informationen*, hrsg. vom Presse- und Informationsbüro der EG-Kommission in Bonn, Dokumentation Nr. 13 v. 1.7.1986.
- 25 Die Gegenposition zu den Ausbau-Befürwortern vertrat neben der Bundesbank selbst besonders deutlich Otto Graf Lambsdorff, Der falsche Weg. Die Währungspolitik darf kein Experimentierfeld werden, in: *Die Zeit* v. 11.1.1985, S. 23; vgl. dazu auch Peter-W. Schlüter, Währungspolitik, in diesem Band.
- 26 Vgl. FAZ v. 3.12.1985, S. 1–2.
- 27 Wolfgang Wessels, Die Einheitliche Europäische Akte – Zementierung des Status quo oder Einstieg in die Europäische Union? In: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 2, S. 65–79, hier S. 70.
- 28 Hier lehnt die Bundesrepublik z.B. das Neue Gemeinschaftsinstrument wegen seiner subventionistischen Anlage grundsätzlich ab.
- 29 So kämpft die Bundesrepublik kontinuierlich gegen protektionistische Tendenzen.
- 30 Die Basler Zeitung kennzeichnete EUREKA am 7.11.1985 als „vielversprechende Schnellgeburt“. Siehe ergänzend zu diesem Abschnitt Klaus W. Grewlich, Forschungs- und Technologiepolitik, sowie Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1985, in diesem Band.
- 31 Siehe dazu FAZ v. 26.7.1985, S. 11 und v. 4.10.1985, S. 14 sowie *Die Zeit* v. 4.10.1985, S. 26.
- 32 Beispiele aus der umfangreichen Presseberichterstattung sind: Kurt Becker, . . . Bonns politischer Kleinmut belastet die Zusammenarbeit mit Frankreich, in: *Die Zeit* v. 1.2.1985, S. 9; Roger de Weck, Französisches Unbehagen über Bonn . . . , in: *Die Zeit* v. 17.5.1985; Heinz Stadlmann, Deutsche Widersprüche in Europa. Unstimmigkeiten zwischen Paris und Bonn belasten die Gemeinschaft, in: FAZ v. 17.5.1985, S.12; Heinz Michaelis, . . . Warum Paris die Zusammenarbeit in Europa torpediert, in: *Die Zeit* v. 3.8.1985; Pierre Beylau, France-Allemagne: L'Axe féfé in: *Le Quotidien de Paris* v. 18.12.1985; Les réticences du partenaire allemand, in: *Liberation* v. 5.11.1985; Klaus Huwe, Spannungen in den Szenen einer Ehe, in: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* v. 11.1.1986, S. 7.

- 33 Siehe dazu Claire Tréan, *La France doit garantir la sécurité de la RFA estime une majorité de Français*, in: *Le Monde* v. 28.6.1985 oder auch die sicherheitspolitischen Überlegungen von Mitterand selbst in seinem Buch „*Réflexion sur la politique extérieure de la France*“, Paris (A. Fayard) 1986.
- 34 Kohl hatte neben seinen relativ weitreichenden Reformvorstellungen sogar seine Bereitschaft angedeutet, notfalls auch mit weniger als zehn Staaten voranzuschreiten, siehe dazu Bundeskanzler Kohl, *Zielsetzungen . . .*, a.a.O. (Anm. 4). Mitterand hatte seit dem Frühjahr ebenso vieldeutig wie verheißungsvoll von einer „überraschenden Initiative“ gesprochen, siehe *FAZ* v. 28.6.1985, S. 1.
- 35 Der Entwurf ist abgedruckt in *Europa-Archiv*, Bonn 1985, Folge 16, S. D449–D453. Zur besonders zögerlichen Haltung der französischen Seite bei seiner Aushandlung siehe Werner Weidenfeld, *Europas Zukunft hängt am Schlepptau von Bonn und Paris*, in: *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* v. 6.7.1985, S. 3.
- 36 Abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
- 37 Siehe *FAZ* v. 6.12.1985, S. 1–2.
- 38 Aus der Fülle entsprechender Stellungnahmen exemplarisch dazu für Bonn der bemerkenswerte Leserbrief von Uwe Schramm, *Auswärtiges Amt, Die Bundesländer und die EG*, in: *FAZ* v. 14.5.1986, S. 9; aus Sicht der EG-Kommission: Ernst Wallrapp, *Die Gemeinschaft und die Länder*, in: *EG-Magazin*, Bonn 1986, Nr. 2, S. 5–6 und aus Straßburg: Axel N. Zarges, *MdEP, Will die EG die Kompetenzen der Bundesländer aushöhlen?* In: *EG-Magazin*, Bonn 1986, Nr. 5, S. 8.
- 39 Siehe Peter M. Schmidhuber, *bayerischer Staatsminister, Bei der EG-Reform einen Verfassungskonflikt vermeiden!* In: *EG-Magazin*, Bonn 1986, Nr. 3, S. 5.
- 40 Drucksache des Deutschen Bundesrates, 50/86 v. 21.2.1986.
- 41 Bundeskanzler Kohl vor dem Bundesrat, a.a.O. (Anm. 3), S. 150.
- 42 So z.B. der rheinland-pfälzische Landtag am 23.4.1986 und der baden-württembergische Landtag am 20./21.6.1986.
- 43 Bundesaußenminister Genscher in: *Die Zeit* v. 3.1.1986, S. 24.
- 44 Siehe dazu Gerhard Herdegen, *Die öffentliche Meinung*, in diesem Band.
- 45 So auch Erich Hauser, *Die Entdeckung Europas durch die SPD*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 1.10.1985. Belegt wird dies durch entsprechende Veröffentlichungen aus den Reihen der SPD, vor allem: Peter Glotz, *Manifest für eine neue Europäische Linke*, Berlin 1985 und ders., *Soziale Demokratie als europäische Idee*, in: *FAZ* v. 6.8.1985, S. 6.

Weiterführende Literatur

- Die europapolitische Rolle der Bundesrepublik Deutschland aus der Sicht ihrer EG-Partner. *Deutscher Sonderweg oder europäische Musterrolle*, Bd. 6 der Materialien zur Europapolitik, zusammengestellt und eingeleitet von Gabriele Weber, Bonn: Europa Union Verlag 1984.
- Hrbek, Rudolf u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), *EG-Mitgliedschaft: Ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?* Bonn: Europa Union Verlag 1984.
- Lützel, Paul Michael, *Western Europe in Transition. West Germany's Role in the European Community*, Baden-Baden: Nomos 1986.
- May, Bernhard, *Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft*, 2. Aufl., Bonn: Europa Union Verlag 1985.